

Bundesverband für NS-Verfolgte tagte in Köln

Soziale Nöte der Naziopfer nicht aus dem Blick verlieren

Sie muss ihren Rücken vom Arzt untersuchen lassen, den Rücken, auf den sie in Ravensbrück 25 Peitschenhiebe bekam. Anders bekommt die 85jährige keine Kur verschrieben. Das schrieb sie dem Bundesverband für Information und Beratung für NS-Verfolgte. Es wird still auf der Mitgliederversammlung des Verbandes im August 2006 in Köln, als Briefe wie dieser vorgelesen werden.

Andere handeln von den neuen Traumata der Opfer, wenn sie in Alten- und Pflegeheimen auf die Angehörigen der Tätergeneration treffen, die munter Erinnerungen austauschen. Daher hat der Verband eine Veranstaltungsreihe gestartet, um mit Pflegerinnen und Pflegern, mit Altenbetreuern und ihren Organisationen, aber auch mit Betroffenen zu beraten, wie den hochbetagten Opfern zu helfen ist. Vor allem geht es darum, allen Opfern

regelmäßig und unbürokratisch Kurbehandlungen zuteil werden zu lassen. Dies geschieht derzeit – und auch nur unzulänglich – nur für jene, die nach dem Bundesentschädigungsgesetz entschädigt wurden. Und sie sind in der Minderheit.

Die Opfer auch nach Auslaufen der Tätigkeit der Entschädigungsstiftung »Erinnerung Verantwortung Zukunft« nicht aus dem Blick zu verlieren, das ist das Hauptanliegen des Bundesverbandes. Bestrebungen besonders von Vertretern der Wirtschaft innerhalb der Stiftung, das restliche Geld der Stiftung nicht mehr den Opfern zu geben, sondern allenfalls Jugendgruppen mit zeitgeistgerechten Informationen zu versorgen, trifft auf den Widerstand der Opferverbände, die im Bundesverband vereint sind. Darunter die VVN-BdA, die auf der Mitgliederversammlung von Werner Pfennig und Ulrich Sander vertreten wurde.

So fordert dann die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes einmütig Regierung und Parlament auf, dafür zu sorgen, dass die bisher nicht berücksichtigten Opfergruppen – wie ehemalige italienische Militärinternierte, sowjetische Kriegsgefangene oder auch die griechischen Antragsteller aus dem Kreis der Opfer der NS-Gebirgstruppe – entschädigt werden. Diese Opfergruppen, die mehrere hunderttausend Menschen umfassen, waren bei der Entschädigung durch die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« bewusst ausgeschlossen worden. Der Bundesverband wünscht außerdem eine Härtefallregelung für diejenigen, die zwar sachlich entschädigungsberechtigt wären, aber aus formalen Gründen abgelehnt wurden.

Weitere Beschlüsse verlangen eine Neubewertung des »Ghettorenten-Gesetzes«, dessen Anwendung Zehntausende

von einer Rentenzahlung ausschließt.

Die wiedergewählte Vorsitzende Regina Suderland zog in ihrem Bericht ein positives Fazit der Verbandsarbeit: Sehr gut entwickelten sich das Erzähl- und Begegnungscafé für NS-Verfolgte in Köln, das mittlerweile zu einer festen und intensiv nachgefragten Einrichtung geworden ist. Es sollte auch in anderen Städten zum Vorbild genommen werden. An das Projekt »Anpassung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter« sollten sich Folgeprojekte anschließen, wünscht sie sich. Die nächsten Informationsveranstaltungen finden am 18.10. in Köln, am 26.10. in Aachen und am 15.11. in Dortmund statt.

Ulrich Sander

Weitere Informationen zur Arbeit des Bundesverbandes finden sich unter www.nsberatung.de oder Tel. (0221) 179294-16.

Mehr Hilfe für pflegebedürftige NS-Verfolgte

Veranstaltungsreihe des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte

Der Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V. startete in Bochum und Münster seine Informationsveranstaltungen zum Thema »NS-Verfolgte in der Altenhilfe – Wo ist das Problem?«

In Bochum fand die Veranstaltung in Kooperation mit der Ev. Fachhochschule RWL, der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen und dem DRK KV Bochum statt. In Münster waren die Stadt, die Fachhochschule Münster und der Geschichtsort Villa Ten Hompel beteiligt. Ziel der Veranstaltungen war, Beschäftigte in der Altenhilfe für die speziellen Pflegeanforderungen der NS-Verfolgten zu sensibilisieren. NS-Verfolgte stellen aufgrund ihrer Erfahrungen eine besonders verletzte Gruppe unter den pflegebedürftigen Menschen dar. Mit seinem Projekt »An-

passung der Versorgungssysteme der Altenhilfe an die Erfordernisse älterer NS-Verfolgter« will der Bundesverband sowohl die Pflege als auch Angebote in der Altenhilfe für NS-Verfolgte verbessern und erweitern.

Michaela Zalucki vom Bundesverband stellte in der Einführung das Projekt und die dort erlebten Erfahrungen vor. Es folgten Impulsreferate, die das Thema theoretisch und praktisch vertieften. Prof. Dr. Andrea Zielke-Nadkarni von der Fachhochschule Münster sprach über Auswirkungen, die das Altern auf NS-Verfolgte hat und wie diese gezielt geschützt und unterstützt werden können. So kann z.B. der Einzug in ein Pflegeheim eine Retraumatisierung bedeuten. Erneut aufkommende Gefühle der Ohnmacht und Machtlosigkeit können Erinnerungen an die KZ-Zeit auslösen. Prof. Ursula Henke

von der Ev. Fachhochschule Bochum diskutierte vor dem Hintergrund der kultursensiblen Pflege Möglichkeiten und Methoden der Biographiearbeit mit NS-Verfolgten. Diese erfährt immer da ihre Grenzen, wo eine Retraumatisierung der Menschen droht.

Olga Dick und Stella Chtcherbatova aus den Jüdischen Gemeinden in Bochum und Köln berichteten von ihrer Arbeit mit Shoah-Überlebenden. Allein in der Gemeinde Bochum haben von 1200 Gemeindegliedern 550 Menschen eine Verfolgung erlitten. Beide unterstrichen die Notwendigkeit eines spezifischen Angebotes für NS-Verfolgte.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich anschließend sehr angeregt, aber auch nachdenklich aus. Wie kann die konkrete Umsetzung im Pflegealltag aussehen, welche Wege gibt es,

diese Aufgabe in die Institutionen zu tragen und dort – auch gegen Widerstände – zu etablieren? Deutlich wurde, dass Pflegenden in ihrer Arbeit mit NS-Verfolgten einer Begleitung bedürfen. Denn es geht dabei immer auch um eigene biographische Anteile. In diesem Zusammenhang kam auch die Frage auf, wie man mit den Mitläufern und Tätern umgehe. Angedacht wurde zudem die Ausweitung des Projektes auf die Angehörigen der NS-Opfer. Auch deren Leben sei häufig geprägt von den Traumata der Eltern, so dass sie Unterstützung bedürften.

Das Thema NS-Verfolgung, Verfolgungstraumata generell, sollte notwendigerweise Teil der Pflegeausbildung werden. Aus beiden Veranstaltungen gingen Vereinbarungen hervor, das Projekt vor Ort voranzutreiben und ein Netzwerk aufzubauen.

B.V.I.B.

Wunsiedel bleibt bunt - und nicht braun!

Heß-Gedenkmarsch der Nazis auch 2006 von breitem Bündnis verhindert

»Wir wenden uns an die antifaschistische Jugend Europas: Demonstriert mit uns in Wunsiedel, vereint im gleichen Kampf und mit gleichem Mut, für ein Europa ohne Faschismus und Rassismus! Ein weiteres Erstarben des Neofaschismus darf es in den europäischen Ländern nicht geben! No Pasa-ran!«

Mit diesen Worten endete der Appell an die antifaschistische Jugend Europas, beschlossen auf dem zehnten Antifaschistischen Jungendtreffen am 8. Januar 2005 in Berlin. Es waren die TeilnehmerInnen des Jungendtreffens, unterstützt von der IG Metall-Jugend und ver.di-Jugend, der SDAJ, den Falken, solid und der VVN-Jugend, die den Ruf des VVN-Kameraden und Résistance-Kämpfers Peter Gingold aufnahmen und in die Tat umsetzten: »Für die Neonazis wird künftig in Wunsiedel keinen Fußbreit Boden mehr geben!«

Durch den in viele Sprachen übersetzten Appell und dessen Verbreitung trugen die VVN-BdA und die Jugend der VVN nicht unerheblich zur Mobilisierung auf den 20. August 2005 in Wunsiedel bei. Nach fast 20 Jahren antifaschistischen Widerstandes gegen den



»Tag der Demokratie« in Wunsiedel: Ein breites Bündnis stellte sich den Nazis in den Weg. Bild: Esther Broß

Heß-Gedenkmarsch konnte 2005, durch eine erfolgreiche antifaschistische Gegenmobilisierung von autonomen Gruppen bis weit in bürgerliche Kreise hinein, der politische Druck auf die Behörden und Gerichte so gesteigert werden, dass das Bundesverfassungsgericht erstmals gezwungen war, den Aufmarsch in Wunsiedel zu verbieten.

Ein Sieg für die antifaschistische Bewegung, den es 2006 zu erneuern galt. Klar ist, dass die VVN-

BdA auch am 19. August 2006 in Wunsiedel, am »Tag der Demokratie«, wieder mit dabei war. Esther Broß, Mitglied des Bundesausschusses der VVN-BdA, überbrachte die besten Grüße der Organisation und ging in ihrer Rede kritisch auf das aktuelle Verbot des diesjährigen Naziaufmarsches ein. »Ein Zeichen gegen Rechts, wie es das höchstrichterliche Verbot darstellt, ist zu begrüßen – es reicht aber bei weitem nicht aus. Was wir

brauchen ist eine andere Politik, die den antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes ernst nimmt und erfüllt.«

Esther Broß dankte im Namen der VVN-BdA allen, die durch ihr jahrelanges Engagement in den Bündnissen vor Ort oder in bundesweiten Zusammenhängen dazu beigetragen haben, dass Wunsiedel eben nicht zu einem Wallfahrtsort für alte und neue Nazis werden konnte. **Paul Bauer**

Protest in Dresden gegen NPD-Pressesfest

Demonstration und Bürgerfest in Bühlau

Mit einem Bürgerfest und einer Demonstration haben am 5. August hunderte Menschen gegen das »Deutsche-Stimme«-Pressesfest der NPD in Dresden-Pappritz protestiert.

Bei strömendem Regen hatten sich etwa 600 Menschen zu der Demonstration eingefunden. Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot zogen sie zu einem Bürgerfest nach Dresden-Bühlau. Dorthin hatte das Bündnis »Bürgercourage – Freundeskreis gegen rechtsextremes

Denken« eingeladen, dem sich unter anderem Politiker von Linkspartei, PDS, FDP, CDU, SPD und Grünen sowie der DGB und die jüdische Gemeinde Dresden angeschlossen hatten. »Pappritz ist bunt, keine Rechten auf unserem Grund!« Mit Transparenten und Luftballons, Plakaten an Laternenmasten und Gartenzäunen zeigten viele Anwohner ihren Unmut über die neofaschistische Veranstaltung in ihrem Stadtteil.

Zum Pressesfest der Parteizeitung der NPD kamen nach Polizei-



600 Antifaschisten demonstrierten am 5. August gegen das NPD-Pressesfest durch Dresden. Bild: indymedia

angaben etwa 3000 bis 4500 Neonazis, deutlich weniger als im letzten Jahr. Nichtsdestotrotz meldet die NPD auf ihrer Homepage 8000 Besucher. Neben Udo Voigt war als Redner Holger Apfel, Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, angekündigt. Ferner er-

schiene Rechtsanwalt Jürgen Rieger, der derzeit mit Immobiliengeschäften in Delmenhorst von sich reden macht, José Fernando Cantalapiedra, Vorsitzender der La Falange, Spanien, und Dimitris Zafropoulos, Generalsekretär der Patriotischen Allianz Griechenland.

72 »Stolpersteine« in Hamburg-Harburg

Gunter Demnig schafft durch zahlreiche Spenden neue Orte des Gedenkens

Am 2. August hat der Kölner Künstler Gunter Demnig weitere 14 »Stolpersteine« vor den letzten Wohnorten von Opfern der Nazidiktatur in Harburg verlegt.

Auf den zehn mal zehn Zentimeter großen Messingplättchen sind ihre Namen und ihre Schicksale zu lesen. Fünf dieser Steine hatte die Harburger Kreisorganisation der VVN-BdA in Auftrag gegeben. 70 Jahre nach dem Putsch des Generals Franco und des Beginns des spanischen Bürgerkriegs war es ihr wichtig, die zwei umgekommenen Spanienkämpfer aus Harburg zu ehren: Alfons Teschke und Max Neubacher, beide Kommunisten, schlugen sich aus der Emigration nach Spanien durch und kämpften in den Internationalen Brigaden.

Max Neubacher gehörte zum Tschapajew-Bataillon und leitete erfolgreich einen Sturmangriff auf den Bahnhof Valsequillo in Südspanien. 1938 fiel er bei den Kämpfen um die Stadt Teruel. Alfons Teschke kam vermutlich schon 1937 in Katalonien ums Leben. Einen Stolperstein bekam auch der Kommunist Felix Plewa mitten im Stadtzentrum am Deichhausweg. Er leitete ab 1935 den illegalen KPD-Unterbezirk Harburg-Wilhelmsburg und hatte auch Kontakt zur KPD-Abschnittsleitung Nord in Kopenhagen. Die Verhaftungswelle von 1942 gegen die früheren Mitglieder der Abschnittsleitung und ihrer Kontakteleute nach der Besetzung Dänemarks traf auch



Gunter Demnig mit drei neuen »Stolpersteinen«.

Bild: VVN-BdA HH

ihn. Wegen »Vorbereitung zum Hochverrat, Zersetzung der Wehrkraft und Feindbegünstigung« wurde er vom »Volksgerichtshof« in Berlin zum Tode verurteilt und am 9. März 1943 hingerichtet.

Der Sozialdemokrat Otto Noack wurde schon 1933 festgenommen. Die Nazis warfen ihm vor, am Tod des Hauptmanns Berthold schuld zu sein, der 1920 während des Kapp-Putsches in Harburg einmar-

schiert war, dort eine Schießerei anzettelte und von wütenden Arbeitern getötet wurde. Dazu wurde Noack in den zwanziger Jahren in mehreren Prozessen freigesprochen. Er wurde in mehrere Konzentrationslager verschleppt, zuletzt nach Sachsenhausen und Flossenbürg, wo er 1941 umkam.

Die fünfte geehrte Persönlichkeit war Wilhelm Stein von der Widerstandsorganisation Bästlein-Ja-

cob-Abshagen, der zusammen mit neun anderen Antifaschisten am 26. Juni 1944 in Hamburg hingerichtet wurde.

Andere Paten hatten fünf Stolpersteine für die jüdische Familie des Kaufmanns Alfred Schloss gespendet. Alle fünf wurden 1941 ins Ghetto von Minsk deportiert und sind dort verschollen. In einem früheren Kinderheim lebte Alfred Rahmert. Als Zweijähriger wurde er als »behindert« begutachtet und in die Alsterdorfer Anstalten gebracht. Von dort kam er in die Psychiatrie Kalmenhof in Idstein im Taunus. Hier wurde er 1943 ermordet.

Im gleichen Haus wohnte später der Industrielle Heinrich Thörl. Er hatte 1945 ausländische Sender gehört und davon erzählt, wurde dabei beobachtet und denunziert. Er starb an den Folgen der Haft im Hamburger KolaFu. In einer Villa in Rönneburg, die heute Kindertagesstätte ist, waren zeitweise Katharina Leipelt und ihr Sohn Hans zu Hause. Beide gehörten zum Widerstandskreis Weiße Rose Hamburg. Katharina Leipelt beging 1943 im KolaFu Selbstmord, Hans Leipelt wurde 1945 in München-Stadelheim hingerichtet.

Die Initiative »Gedenken in Harburg« veranstaltete am gleichen Tag eine Feierstunde im Beisein von Gunter Demnig in den Elbe-Werkstätten, wo über das Schicksal der Geehrten informiert wurde. Der Bezirk Harburg hat jetzt insgesamt 72 Stolpersteine.

Hans-Joachim Meyer

Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.

»Stolpersteine« erzählen ein Stück Billstedter Stadtteilgeschichte

»Niemand und nichts wird vergessen« schrieb Fiete Schulze am 21. April 1935. Die »Stolpersteine« sorgen mit dafür, das Dritte Urteil über Fiete Schulze und die vielen anderen Frauen und Männer des Widerstandes zu sprechen.

In Billstedt mahnt dazu ein Gedenkstein mit dem Satz Richard

von Weizäckers: »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.«

Am 14. September werden die jüngst verlegten Stolpersteine für Billstedter Antifaschisten mit einer Veranstaltung eingeweiht (siehe Termine). Einer von ihnen gilt Fiete Schulze. Er wurde am 6. Juni 1935 im Hambur-

ger Untersuchungsgefängnis mit dem Handbeil ermordet.

Ein weiterer Stein erinnert an Rudolf Kroohs. Er musste wegen seines politischen Kampfes in die Sowjetunion flüchten, kämpfte ab 1937 als Kompanieführer in der XI. Brigade gegen Franco-Spanien und fiel im August 1938 am Ebro. Er war zu-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Fiete Schulze

Lebendig bleibt, was nicht vergessen wird

Prozess zum »Altonaer Blutsonntag« war Auftakt der politischen NS-Justiz

Der 1. August hat bei uns Tradition. Seit Jahrzehnten gedenken wir an diesem Tag mit einer Mahnwache der ersten Opfer der NS-Justiz.

Auch in diesem Jahr trafen wir uns auf dem ehemaligen Gefängnishof hinter dem Amtsgericht Altona. Auf Initiative der Kreisvereinigung Altona und mit Geldern des Bezirks wurde im vergangenen Jahr eine kleine Gedenktafel aufgestellt, respektive instand gesetzt. Das Schild erinnert an Karl Wolf (KPD), Bruno Tesch (Kommunistische Jugend), August Lütgens (KPD) und Walter Möller (Antifaschistische Aktion), die am 1. August 1933 genau hier mit dem Handbeil enthauptet wurden. Zuvor hatte sie das Sondergericht Altona mit gefälschten Zeugenaussagen stellvertretend für den Widerstand gegen den SA-Aufmarsch



Verhandlungssaal des Altonaer Sondergerichts am 8. Mai 1933: Im Prozess wurden die ersten politischen Todesurteile des NS-Regimes gefällt.

vom 17. Juli 1932 zum Tode verurteilt.

Der »Altonaer Blutsonntag« gilt heute als Symbol für die Kapitulation der Weimarer-Republik gegenüber dem anwachsenden Faschismus. Am Sonntag, den 17. Ju-

li 1932 kam es an der Einmündung in die »Kleine Freiheit« zu folgenreichen Auseinandersetzungen zwischen 7000 aufmarschierenden SA-Leuten, antifaschistischen Selbstschutzgruppen und Anwohnern. Nach Schüssen, deren Urhe-

ber bis heute unerkannt sind, starben zwei SA-Männer. Die Polizei, die die Naziprovokation im roten Arbeiterviertel nicht verhindern konnte oder wollte, schoss in Folge auf alles, was sich bewegte und tötete 16 unbeteiligte Personen – 285 wurden verletzt.

In der Nachkriegszeit war der kommunistische Widerstand verpönt und bis Anfang der 1980er Jahre beschränkte sich das Gedenken und die Erinnerung auf die Verfolgtenorganisationen. Später nahmen sich dann auch Geschichtswerkstätten, Elternbeiräte und kommunale Einrichtungen dieses Teils »vergessener Geschichte« an. 1992 wurden die vier Antifaschisten schließlich rehabilitiert. Im nächsten Jahr, werden wir am 1. August wieder hierher kommen. Denn lebendig bleibt, was nicht vergessen wird.

A. Kosemund & W. Siede

»Das eigentlich Unfassbare wird fassbarer«

Gemeinsame Filmreihe von VVN-BdA und Metropolis geht ins zweite Jahr

Warum ist es nach wie vor wichtig, antifaschistisches Kino anzubieten? Warum zeigt die VVN-BdA Filme und Dokumentationen? Antworten von Christiane Chodinski.

Das Medium Film wird genutzt, um zu Themen eine andere Sichtweise zu bekommen. In den Filmen sehen wir oft noch Zeitzeugen und die Orte des Geschehens, so dass alles viel näher an uns herankommt. Die VVN-BdA möchte außerdem noch ein anderes Publikum als bei unseren sonstigen Veranstaltungen ansprechen. Das ist zum Teil gelungen. Etliche neue Gesichter habe ich bei den Filmen gesehen, viele kamen mehrmals. Leider haben wir nie geschafft, die Grenze von 50 Personen pro Aufführung zu überschreiten. Ich denke nicht, dass wir uns keine Mühe gaben. Aber haben wir den Nerv der Menschen getroffen?

Wir luden Schriftsteller, Autoren, Filmemacher, Regisseure, Betroffene und Zeitzeugen ein. Das

Kino Metropolis machte Werbung und auch wir. Einmal holten wir sogar eine Ausstellung in das Foyer. Aber der Saal wurde trotzdem nicht brechend voll. Woran kann das nur liegen? Ist unsere Werbung zu früh, zu spät oder regnet es bzw. scheint die Sonne?

Was kann ich schreiben, damit sich immer mehr zu unseren Filmen ins Metropolis begeben? Vielleicht ist es gut, sich selbst zu fragen: Was habe ich von der Filmreihe im Metropolis? Als Antwort könnte eine Episode weiterhelfen.

An einem sonnigen Sonntag wurde der Film »Als Soldaten Mörder wurden« gezeigt. Im Kino wurde ich mit den Worten empfangen: »Wieso bist Du heute hier, Du hast doch Geburtstag?« Die einzige Antwort von mir war, dass ich diesen Film unbedingt sehen wollte, im Kino, mit diesen Menschen zusammen: Das ist ein ganz wichtiger Grund, warum ich ins Kino gehe. Ich sitze in einem großen dunklen Raum mit vielen Menschen zusammen, die ähnlich wie

ich denken. Die große Leinwand zieht meine ganze Aufmerksamkeit auf sich. Ich habe keine Möglichkeit, mich dem Film zu entziehen. Das eigentlich Unfassbare wird für mich fassbarer. Ich kann die Schmerzen der dort gezeigten Personen kaum aushalten. Oft bin ich nach dem Film wie betäubt.

Ich bin keine Masochistin, die das Leiden einem schönen Tag vorzieht. Aber mit den anderen zusammen habe ich den Mut, mich Menschen zu nähern, wie ich es sonst nicht tun würde. Ja, es tut so weh. Aber hinterher kann ich mit einigen reden oder auch nur mit einer Person. Dann finde ich langsam wieder zu mir. Dieses Gefühl, nicht als Einzige wissen zu wollen, was geschah und wie jeder heute Nazis besser gegenüber treten kann, tut mir gut.

Mein Tipp: Zusammen ins Kino gehen, miteinander den Schmerz aushalten und damit auch die Wut in positive Kanäle leiten. Ich finde, auch hier sind wir gemeinsam stärker.

Filme im Metropolis

17. September 2006:
»Die Cousins«
(Dokumentation, BRD 1988)

Film über zwei Spanienkämpfer aus der Familie Prieß. Bruno und Heinz gingen nach Spanien und kämpften dort gegen das Franco-Regime. Film zum Thema: »Auswirkungen des Faschismus auf die Menschen in Europa.«

1. Oktober 2006:
»Shoah«, 1. und 2. Teil
(Dokumentation, F 1985)

5. November 2006:
»Shoah«, 3. und 4. Teil

Alle Filme der gemeinsamen Filmreihe laufen am jeweiligen Sonntag, immer um 17.00 Uhr, im Metropolis-Kino, Dammtorstraße 30, Nähe Gänsemarkt.

**Ausstellungen – Gedenkveranstaltungen – Infoabende:
Volles Programm der Hamburger VVN-BdA – Termine im Herbst**

**10. September:
Internationaler Gedenktag für
die Opfer von Faschismus
und Krieg**

Gedenkveranstaltung mit Blumenniederlegung.

Cornelia Kerth spricht über den aktuellen Umgang mit der Erinnerung an Faschismus und Widerstand, der zunehmend in totalitarismustheoretische und geschichtsrevisionistische Konzepte eingebettet wird. Blumen für die Gräber sind willkommen.

11 Uhr, Ehrenhain der Hamburger Widerstandskämpferinnen und -kämpfer

**14. September:
Veranstaltung zur Erinnerung
an Fiete Schulze und Das
Dritte Urteil**

Referent: Günther Schwarberg, Musik: ROTDORN.

19.30 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a

**16. September:
Fahrt zur KZ-Gedenkstätte
Salzgitter-Drütte**

Führung durch die Gedenkstätte, Besuch des Gedenk-

friedhofes Jammertal.

Treff: 8.30 Uhr am ZOB und um 9 Uhr vor dem Harburger Helms-Museum. Fahrtkosten: 20 Euro, ermäßigt 10 Euro. Anmeldung bei der VVN-BdA Hamburg, Tel. 314254.

**20. September:
»Auf den Spuren einer mutigen
Frau« – Veranstaltung über
France Bloch-Serazin**

Die ehemalige Schülerin der Physikerin und Nobelpreisträgerin Marie Curie France Bloch war ein unverzichtbares Mitglied der französischen Résistance. Nach Ihrer Verhaftung in Paris und Verurteilung zum Tode 1943 wurde France Bloch-Serazin nach Hamburg verbracht und im Untersuchungsgefängnis Holstenglacis ermordet.

Der Film »Auf den Spuren einer mutigen Frau« von Hans und Gerda Zorn lässt den Erinnerungen der Weggefährten von France Bloch breiten Raum. Er erzählt über das Leben von France, über die Kunst und Kultur ihrer Familie, ihr Schriftsteller-Umfeld und ihre Widerstandsarbeit.

18.30 Uhr, Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1 (Grundbuchhalle). Veranstalter: Metabase e.V., Gesellschaft für operative Kunst, Attac-Hamburg, Rosa-Luxemburg-Bildungswerk. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Jüdischen Gemeinde, der VVN-BdA und dem Institut Francaise.

**27. September:
Infoabend: Rechte Szene in
Hamburg-Nord**

mit Manuel Butt, aktiv im Hamburger Bündnis gegen Rechts. Er informiert über Aktivitäten, Strukturen und die Politik von Neonazis im Stadtbezirk.

19 Uhr, Bezirksamt, Kümmelstraße 7, anlässlich der **Wanderausstellung »Rechte Jugendkulturen«**, im Foyer des Bezirksamts, vom 25. bis 29.9., 8 bis 19 Uhr.

**5. Oktober:
Infoabend: Rechte Szene in
Eimsbüttel**

Felix Krebs beleuchtet die Hintergründe und Organisationsstrukturen der Rechtsextremisten im Bezirk.

18.30 Uhr, Bezirksamt, Grindel-

berg 66, anlässlich der **Wanderausstellung »Rechte Jugendkulturen«**, dort im Foyer zu sehen vom 2. und 4. bis 6.10., 8 bis 19 Uhr.

**6. Oktober:
»Nazis machen auf sozial«
Infoabend mit Anne Rieger**

Die IG Metall- und Landesprecherin der VVN-BdA in Baden-Württemberg informiert über die veränderte Taktik, das neue Gesicht und die historischen Parallelen der Nazidemagogie.

18.30 Uhr, Bezirksamt Eimsbüttel (s.o.)

**19. Oktober:
Infoabend: Rechte Szene in
Wandsbek**

Anna Tiegelmann vom Hamburger Bündnis gegen Rechts informiert über die Strukturen faschistischer Gruppen in Wandsbek.

19 Uhr, Bürgerhaus Wandsbek (Wandse-Saal), anlässlich der **Wanderausstellung »Rechte Jugendkulturen«**, im Foyer, Bezirksamt Wandsbek, Schloßstraße 60. Mo-Mi 8-16 Uhr, Do 8-18 Uhr, Fr 8-14 Uhr.

Ein Mensch. Ein Name...
(Fortsetzung von Seite 3)

dem der Ehemann von Wilma Giffey, Tochter Fiete Schulzes.

Beide »Stolpersteine« gehen auf eine Initiative der VVN-BdA Kreisvereinigung Hamburg-Mitte zurück. Ein dritter Stein, gestiftet von ver.di, erinnert im Stadtteil Billstedt an »Katharina Corleis, geb. 15.12.1877 in Groß Fredenbek bei Stade, 19.6.1935 verhaftet, am 26.6.1935 im KZ Fuhlsbüttel umgekommen. Zuletzt wohnhaft Gothaer Weg/Öjendorfer Weg. Mitglied der SPD. Sie hatte 5 Kinder.«.

Weitere Steine für WiderstandskämpferInnen aus Billstedt werden folgen, in Erinnerung an Josef Florczak, John Tretin, Kurt Vorpahl, Bruno und Heinz Prieß und viele andere.

Darüber hinaus soll 2007 die Broschüre »Billstedts vergessene Geschichte« überarbeitet und neu veröffentlicht werden. Hierzu wird von der VVN-BdA Material zum Thema Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Billstedt gesucht. Hinweise sind willkommen.

Die »Stolpersteine« sind eine Aktion des Künstlers Gunter Demnig. Bis heute hat er über 8200 Steine in rund hundert Ortschaften verlegt. »Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist«, sagt Demnig. Mit den Steinen vor den Häusern hält er die Erinnerung an die Menschen lebendig, die einst hier wohnten. Auf den Steinen steht geschrieben: »Hier wohnte...« Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.

Christiane Chodinski

**Ausstellung der DGB-Jugend
in drei weiteren Bezirken**

Erfolg nach Ablehnung durch Politik in Harburg

In Harburg wurden der DGB-Jugend Räume im Rathaus für ihre Ausstellung »Rechte Jugendkulturen« verwehrt. Nun findet sie bald auch in den Bezirksämtern von Hamburg-Nord, Wandsbek und Eimsbüttel statt.

Das Beharren der schwarzgrünen Bezirkskoalition, die Ausstellung im Mai diesen Jahres vom Harburger Rathaus fern zu halten (*antifa* berichtete mehrfach) hat die DGB-Jugend herausgefordert, ihre Anfragen auf alle Hamburger Bezirksvertretungen auszuweiten. Das Ergebnis: Die Ausstellung wird

gleich in drei weiteren Hamburger Bezirken gezeigt (Termine unter Veranstaltungen).

Die Überblicksdarstellung zeigt anschaulich, wie Rechtsextremisten versuchen, Jugendliche über Mode, Musik, Symbole, Codes und szenetypische Medien zu ködern und zu beeinflussen. Begleitende Seminare für Schulklassen und Jugendgruppen können bei Interesse angefragt werden über Ulrike Pusch, DGB-Jugend Hamburg, Tel: (01 62) 516 56 84, Mail: dgb-tagesseminare@gmx.de.

Redaktion: W. Siede
E-Mail: wolframsiede@gmx.de

WN-BdA Bayern fordert Verbot der NPD

30. Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz tagte Anfang Juli in Ingolstadt



Das Konferenzpräsidium: Christel Hausladen-Sambale, Klaus-Bruno Engelhardt, Helga Hanusa-Friedel (v.l.n.r.). Am Pult: Friedbert Mühldorfer.

Eine Wiederaufnahme des Verbotsverfahrens gegen die neofaschistische NPD forderte die 30. Ordentliche Landeskonferenz der VVN-BdA Bayern, die am 8./9. Juli 2006 in Ingolstadt stattfand.

In einer einstimmig verabschiedeten öffentlichen Erklärung wurde die Notwendigkeit antifaschistischer Bündnisse betont. Ebenfalls einig waren sich die Delegierten in der Ablehnung von Bundeswehreinräten im Inneren des Landes.

Hugo Höllenreiner begrüßte die Konferenz im Namen der VVN-BdA Ingolstadt und schilderte eindringlich, was er als Angehöriger einer Sinti-Familie während der NS-Zeit (und auch noch danach) erleben musste.

Das Einleitungsreferat zum Schwerpunktthema »Aktuelle Entwicklungen im Neofaschismus; Rolle und Funktion der NPD« hielt der stellvertretende Landesvorsitzende der Jungsozialisten Bayern, Matthias Menke. Er betonte die Notwendigkeit der wirksamen Bekämpfung der NPD und anderer neofaschistischer Organisationen, nannte aber auch Probleme, die seiner Ansicht nach mit einem Verbot der NPD verbunden seien. Er selbst sei, ebenso wie der Juso-Landesverband, noch nicht zu einem abschließenden Urteil in dieser Frage gekommen. Das Einleitungsreferat und die den Konferenzteilnehmern vorliegenden Ausarbeitungen der Bundesorganisation der VVN-BdA zum Thema NPD-Verbot boten gute Grundlagen für ausführliche politische Diskussionen in Ple-

num und Arbeitskreisen.

Oberbürgermeister Dr. Alfred Lehmann, CSU, wies in einem schriftlichen Grußwort an die Konferenz auf die Bemühungen in seiner Stadt hin, die Vergangenheit aufzuarbeiten und sich für ein Klima der Toleranz einzusetzen. Weitere Grußbotschaften kamen vom Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, vom Vorsitzenden des DGB Bayern, Fritz Schösser, von der Lagergemeinschaft Dachau und vom Landesverband Bayern von Bündnis 90/Die Grünen.

Eva Bulling-Schröter, MdB der Linkspartei.PDS aus Ingolstadt; Alexander Merkouris von den Ingolstädter Grünen, Herbert Markus vom Bezirksvorstand der DKP Südbayern und Corinna Poll und Stefan Baumgärtner vom bayerischen Landes- und Münchner Kreisvorstand des Deutschen Freidenkerverbandes überbrachten persönlich Grußworte ihrer Organisationen und beteiligten sich an den Konferenz-Diskussionen.

Gewählt wurden: LandessprecherInnen: Ernst Grube, München; Dr. Guido Hoyer, Freising; Friedbert Mühldorfer, München; Johanna Wittmann, Ingolstadt. **Schriftführer:** Ernst Antoni, München. **KassiererIn:** Gerlinde Mahler, München. **RevisorInnen:** Norbert Flach, Amberg, Gerlinde Zollner, München. **Beschwerdekommission:** Mariele Chochola, Landshut, Klaus Poweleit, Oberammergau sowie 17 weitere Mitglieder des Landesvorstands, unter ihnen der NS-Verfolgte und Zeitzeuge Martin Löwenberg.

»Den Druck verstärken!«

Erklärung der 30. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern

Aktivitäten neofaschistischer und rechtsextremer Gruppierungen nehmen auch in Bayern in beängstigendem Maße zu. Dahinter stehen politische und organisatorische Strukturen, für die im Schutz ihres Parteienstatus die NPD entscheidende vernetzende Funktionen übernommen hat

Immer offener wird in der Propaganda von NPD und der mit ihr verbundenen Gruppierungen Bezug auf den deutschen Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945 genommen, werden dessen inhumane und mörderischen Parolen auf gegenwärtige Situationen bezogen übernommen oder »aktualisiert«. So unlängst in einem neofaschistischen Demonstrationsaufzug für einen Aufmarsch in München, der von einem NPD-Funktionär initiiert wurde.

»Masseneinwanderung ist Völkermord«, hieß es da – und gefordert wurde »Rückführung statt Integration«. Der Bundesregierung wurde eine »Vernichtungspolitik zum Nachteil des eigenen Volkes« vorgeworfen, weil sie »dem hirnrissigen Dogma von der Gleichheit aller Menschen« anhängte. Unter der Losung »Völkertrennung ist angesagt« fand sich ganz offen der Aufruf zur Internierung und anschließenden Deportation von Menschen anderer Herkunft und Hautfarbe aus der Bundesrepublik Deutschland.

So unübersehbar wie hier die Parallelen zur menschenverachtenden und menschenvernichtenden NS-Politik sind, so unübersehbar sollte eigentlich auch sein, dass hier ganz unverhohlen die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland festgeschrie-

benen Grundrechte (vor allem in Artikel 3) attackiert werden. Für Demokraten, gleich welcher Weltanschauung, müsste es eine Selbstverständlichkeit sein, diesen Angriffen entgegenzutreten. Und auch die Justiz wäre hier endgültig gefordert, diesen Feinden der Freiheit nicht mehr die von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes nach den Erfahrungen von 1933 bis 1945 in der Verfassung festgeschriebenen Rechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit zuzugestehen.

Reale gesellschaftliche Widersprüche – Massenarbeitslosigkeit und zunehmende soziale Ausgrenzung, verbunden mit Unsicherheit und Perspektivlosigkeit auf der einen, unermesslicher Reichtum und Gewinnstreben auf der anderen Seite – schaffen mit den Nährboden für die soziale Demagogie der Faschisten. Auch hier bedienen sie sich aus dem Propaganda-Arsenal, mit der sie einst die Demokratie der Weimarer Republik aushebeln halfen.

Eine Politik, in der das Recht des Stärkeren und die Ellbogengesellschaft gepriesen, sozial Schwache gedemütigt, Flüchtlinge und Ausländer diskriminiert und militärische Optionen in internationalen Beziehungen wieder zur gesellschaftlichen Normalität erklärt werden, bestätigt sie in ihren Handlungen.

Die VVN-BdA Bayern fordert deshalb von allen Kräften, denen an einer humanen Entwicklung unseres Landes gelegen ist, im Kampf gegen den Neofaschismus das Trennende beiseite zu schieben und sich zu besinnen auf die

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

demokratischen Grundwerte, die unbedingt bewahrt werden müssen. Gefordert sind politische Parteien, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften und Verbände, Initiativen aller Art.

Unterschiedliche Analysen und Bewertungen der gesellschaftlichen Ursachen des Neofaschismus und andere, oft auch grundsätzliche politische Differenzen dürfen kein Hinderungsgrund sein, gemeinsam oder – wenn es nicht anders möglich ist – auch nebeneinander – der neofaschistischen Gefahr zu begegnen. Jeder Versuch, Aktionspartner zu überfordern oder auszugrenzen, ist für diese notwendige Zusammenarbeit eine Belastung.

Die VVN-BdA in Bayern und auf Bundesebene wird ihre Bemühungen verstärken, eine Wiederaufnahme des Verbotverfahrens gegen die NPD zu erwirken. Wir wissen, dass es auch hierzu im demokratischen Spektrum unterschiedliche Meinungen gibt. Auch das sollte uns nicht an weiterer Zusammenarbeit hindern.

Für den Widerstand gegen Neofaschismus und Rassismus ist es wichtig, dass er sich nicht in der Reaktion auf neofaschistische Provokationen erschöpft. Notwendig ist die Schaffung eines gesamtgesellschaftlichen Klimas, das brauner Demagogie keinen Raum mehr gibt.

Voraussetzungen dafür sind die Förderung von politischer und gesellschaftlicher Eigentätigkeit, von Bildung und Erziehung, kultureller Initiative und interkultureller Zusammenarbeit, von Gedenk-, Geschichts- und Erinnerungsarbeit. Und letztlich ein breiter gesellschaftlicher Druck auf Politik, Justiz und Behörden, das in Grundgesetz und Bayerischer Verfassung implizierte Verbot faschistischer Betätigung endlich wirksam werden zu lassen.

»Die Saat darf nicht aufgehen!«

Engagement im Oberland: Murnauer gegen Nazi-Stützpunkt



Demonstration gegen Neonazis im Juni 2006 in Murnau.

Bild: ele

»Schluss mit lustig! Murnau wir kommen!« Mit aggressiven Parolen wollte der NPD-Nachwuchs jetzt »der Provinz einheizen«. Doch auch im Oberland stoßen sie auf entschlossenen Protest.

Nachdem ihr Versuch, im Landkreis Miesbach Fuß zu fassen, an heftigen Protesten aus der Bevölkerung gescheitert war, haben sich die Neonazis jetzt den Landkreis Garmisch-Partenkirchen und hier besonders Murnau – bereits 1925 eine NSDAP-Hochburg – vorgenommen. Im »Hobbyladen« eines 26-jährigen, der als Rechtsextremist polizeibekannt ist und Nazi-Devotionalien verkauft, haben die Jungen Nationaldemokraten (JN) einen Stützpunkt Oberland gegründet.

Ein breites Bündnis gegen Rechts, will verhindern, dass die Marktgemeinde am Staffelsee zum Treff- und Sammelpunkt der Ewiggestrigen wird. Da werden in der Fußgängerzone mal von Punkern, mal von der Jungen Union Hunderte von Unterschriften gesammelt. DGB-Regionvorsitzender Manfred Neupfleger führt als Koordinator die verschiedensten Bündniskräfte auch zu gemeinsamen Treffen und Demonstrationen zusammen.

Über 400 Menschen demonstrierten schon im Mai 2005, rund 500 im Juni dieses Jahres. Voran wurden Fahnen von ver.di und der IG-Metall-Jugend getragen. Auch

eine Peace-Fahne der Friedensbewegung und die blau-weiß gestreifte mit dem roten Winkel der VVN-BdA wurden im Zug mitgeführt.

In einer Bündnisversammlung hatte Bürgermeister Michael Rapp (CSU) gefordert, dass »eine solche Saat, die unsere demokratische Grundordnung zerstören und unterminieren will, in Murnau nicht aufgehen darf«. Als aber die Neonazis, die sich bislang in privaten Räumen getroffen hatten, kürzlich erstmals öffentlich eine »Mahnwache« in der Fußgängerzone veranstalteten, hielt die Polizei die Gegendemonstranten um Neupfleger und den SPD-Kreisvorsitzenden einige hundert Meter von dem Nazitreiben entfernt auf Distanz. »Eine Riesensauerei«, sagt der DGB-Funktionär.

In zwei Bündnisversammlungen mit 70 bis 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden Möglichkeiten einer Gegenstrategie überlegt. Man will ein allgemeines Klima für kulturelle Vielfalt und gegen braunes Gedankengut schaffen. Etwa 40 von ihnen wollen Aufgaben übernehmen. Sie haben sich inzwischen in Arbeitsgruppen organisiert. Die einen bereiten ein Kulturfest vor, andere Aufklärungsveranstaltungen über die NS-Zeit und den Neonazismus. Eine weitere Gruppe nimmt Kontakt zu den Schulen auf, damit dort entsprechende Literatur gelesen wird. Und eine Gruppe will eine Bündnisfahne entwerfen.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Hans Grönlinger, Stadtbergen, 93 Jahre; Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 84 Jahre; Ruth Steinführer, München, 80 Jahre; Erwin Jedamus, München, 65 Jahre; Bruno Nitsch, Marktheidenfeld, 60 Jahre.

Oktober: Hans Grönlinger, Stadtbergen, 93 Jahre; Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 84 Jahre; Ruth Steinführer, München, 80 Jahre; Erwin Jedamus, München, 65 Jahre; Bruno Nitsch, Marktheidenfeld, 60 Jahre.

Redaktion: Ernst Antoni

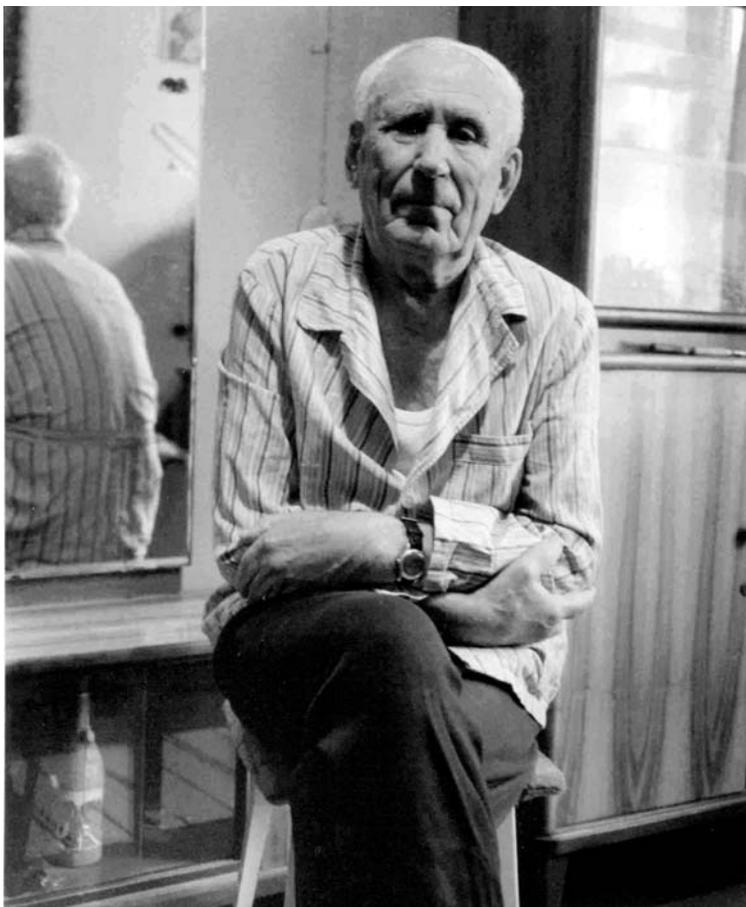
Geste der Anerkennung an NS-Opfer

KONTAKTE-KOHTAKTbI zahlt Zuwendungen an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene

3,3 Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben im Zweiten Weltkrieg, sie sind die zweitgrößte NS-Opfergruppe nach den europäischen Juden. Den Überlebenden möchte der Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI zu einer Anerkennung ihrer Leiden verhelfen.

Vor 65 Jahren begann der Einsatz von Zyklon B zur massenhaften Vernichtung menschlichen Lebens in Auschwitz. Am 3. September 1941 wurden 600 sowjetische Kriegsgefangene und eine Gruppe von 250 kranken polnischen Staatsangehörigen vergast. Während dieses ersten Großversuchs dauerten die Todesleiden der Opfer zwei Tage. In Auschwitz überlebten nur 96 von 15 000 sowjetischen Kriegsgefangenen.

Wer die Vernichtung durch Arbeit überlebte und in hohem Alter nach Bekanntgabe der deutschen »Zwangsarbeiterentschädigung« einen Antrag stellte, erhielt den Ablehnungsbescheid. »Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung«, so heißt es im Gesetz zur Errichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ). Zur Begründung wird angegeben, Kriegsgefangene dürften nach den Regeln des Völkerrechts zur Arbeit herangezogen werden. Bundestagsabgeordnete, die dem Gesetz im Jahre 2000 zustimmten, kannten wohl nicht die Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts. Es sieht die »menschliche Behandlung« der Gefangenen vor. Der Krieg gegen die Sowjetunion war jedoch ein rassistisch begründeter Vernichtungskrieg und gefangene Sowjetsoldatinnen und -soldaten wurden



Fehlende Anerkennung: 20 000 ehemalige NS-Kriegsgefangene aus der ehemaligen Sowjetunion beantragten vergeblich Entschädigungen.

mit menschenverachtender Brutalität misshandelt. Eine Minderheit verdankt ihr Überleben allein dem Umstand, dass nach dem gescheiterten »Blitzkrieg« ihre Arbeitskraft für die Kriegswirtschaft benötigt wurde.

Das Gesetz sieht für jene ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen, die in einem KZ inhaftiert waren, eine Ausnahme vor, »da hier besonders NS-ideologisch motivierte Diskriminierung und Miss-

handlung ausschlaggebend gewesen« sei. Man hätte zuvor die Betroffenen fragen sollen. Für sie gab es keinen Unterschied zwischen dem Kriegsgefangenenlager und einem Vernichtungslager.

Die Überlebenden wurden später in Stalins Filtrationslagern verhört und etliche kamen als »Vaterlandsverräter« ein weiteres Mal zur Zwangsarbeit nach Sibirien. In West und Ost wurden ihre Schicksale ignoriert. Etwa 20 000 ehema-

lige sowjetische Kriegsgefangene hatten bei den Partnerorganisationen der Bundesstiftung EVZ Anträge gestellt. Ihre Ablehnung wird schmerzhaft als Nicht-Anerkennung empfunden. Es ist eine Demütigung, die viele der NS-Opfer psychisch schwer belastet.

KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. hat mit Partnerorganisationen der Bundesstiftung EVZ eine Zusammenarbeit vereinbart. So gibt es eine organisatorische Grundlage, bis zu 20 000 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene zu begünstigen. Die Solidaritätskampagne des Vereines ermöglicht nun Zuwendungen, welche die Partner in Russland, Belarus, in der Ukraine sowie in Armenien auszahlen. In der Regel sind es 300 Euro pro Person. Die Partner händigen allen Empfängern außerdem einen Brief von KONTAKTE-KOHTAKTbI aus. Darin wird ihnen die Zuwendung als Geste der Anerkennung erklärt. Bisher haben auf diesem Wege 4 500 ehemalige sowjetische Kriegsgefangene Zuwendungen erfahren. Die meisten antworten nicht nur mit Dankesbriefen, sondern beschreiben die Umstände ihrer Gefangenschaft. KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. veröffentlicht jeden Freitag einen dieser Briefe über eine Mailing-Liste. Sie kann unter info@kontakte-kontakty.de, Kennwort »Freitagsbrief« abonniert werden.

Spenden an ehemalige sowjetische Kriegsgefangene können auf das Konto 3065 599 006 des KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00, unter dem Kennwort »Kriegsgefangene« überwiesen werden. Weitere Informationen unter www.kontakte-kontakty.de.

Ein guter Tag für einen wichtigen Schritt

Neue Berliner Basisorganisation »8. Mai« am Jahrestag der Befreiung gegründet

Am Tag des Sieges über den Faschismus hatten acht Berliner AntifaschistInnen im Kapitulationsmuseum Karlshorst besonderen Grund zu feiern: Ihren Eintritt in die VVN-BdA.

Wir, das sind acht Frauen und Männer unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Berufe und aus unterschiedlichen Bezirken Berlins, die sich aus langjähriger antifaschistischer Arbeit kennen. Wir

wollten an diesem bedeutsamen Tag, unseren Eintritt in die VVN-BdA erklären. Wir wollten ein Zeichen gegen den »erinnerungspolitischen Gezeitenwechsel« setzen, mit dem, verdeckt oder offen, Ge-

schichtsrevisionismus betrieben wird. Einer Verharmlosung der faschistischen Verbrechen durch skandalöse Gleichsetzungen sowie der Relativierung der deutschen

(Fortsetzung auf Seite 9)

TAG DER MAHNUNG 2006
SONNTAG | 10.9.06 | BERLIN
 13 - 18 UHR | MARX-ENGELS-FORUM

KULTUR, TALK UND MUSIK VON 13 BIS 15 UHR

Isabell Neuenfeldt // Kinderchor SADA KO // Der Singende Tresen
MODERATION Dr. Seltsam

TALK mit **KURT GOLDSTEIN**, Ehrenvorsitzender der VVN und des Internationalen Auschwitzkomitees sowie **BEATE KLARSFELD**, Initiative Töchter und Söhne von Deportierten, Paris.

PODIUMSDISKUSSION: »Keine Nazis, nirgends! Nicht auf der Straße! Nicht in den Parlamenten! Nicht in den Köpfen!«

KONZERTE: **16 UHR** Daniel Rodriguez & Band **17 UHR** La Guerilla Musical

Guter Tag für einen wichtigen Schritt

(Fortsetzung von Seite 8)

Verantwortung am Zweiten Weltkrieg und am Holocaust wollen wir aktiv im Rahmen der VVN-BdA entgegenwirken.

Denn gerade im Zusammenhang mit dem 60. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands und der Befreiung vom Faschismus musste man ein wahres geschichtsrevisionistisches Feuerwerk über sich ergehen lassen. Immer wieder wurde und wird der Versuch unternommen, durch das unterschiedslose Gedenken eine Vermischung von Opfern und Tätern zu ermöglichen.

Nachdem es im vergangenen Jahr zahlreiche Auseinandersetzungen zur Bewertung dieses Ereignisses aber auch unzählige Feierlichkeiten sowie einen versuchten Nazi-Aufmarsch in Berlin gegeben hatte, war es in diesem Jahr sehr still. Geradezu unbemerkt von der Öffentlichkeit fanden sich im Kapitulationsmuseum und anderswo vor allem jene Menschen ein, für die dieser Tag alljährlich ein Grund und ein Herzensbedürfnis ist, öffentlich zu gedenken und auch zu feiern.

Hemingway hatte treffend festgestellt: »Jeder Mensch, der die Freiheit liebt, hat der Roten Armee mehr zu verdanken, als er jemals in seinem Leben bezahlen könnte.« Ganz im Sinne von Ernest Hemingway wollten wir diesen Schritt, unseren Eintritt in die VVN-BdA, in einem würdigen Rahmen und bewusst an einem Tag von historischer Bedeutung machen.

Wir konnten an jenem Tisch Platz nehmen, an dem vor 61 Jahren in Berlin-Karlshorst, in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 um 23.15 Uhr, die Repräsentanten der Siegermächte, Marschall der Sowjetunion Shukow, der britische Air-Admiral Sir Arthur Tedder sowie der amerikanische General Spaatz und der französische General de Lattre de Tassigny saßen und im Beisein der deutschen Vertreter Generalfeldmarschall Keitel, Generaladmiral von Friedeburg und Generaloberst Stumpf die bedingungslose und vollständige Kapitulation Nazi-Deutschlands unterzeichneten. An diesem Tisch unterschrieben wir unseren Aufnahmeantrag und erklärten damit unseren Beitritt zur Berliner VVN-BdA.

Da wir seit vielen Jahren gemeinsam antifaschistisch auch über Berlin hinaus aktiv sind, haben wir uns entschlossen, diesen Aktivitäten einen strukturellen Rahmen in der VVN-BdA zu geben und uns in einer eigenen Basisorganisation in der Berliner Landesvereinigung zu organisieren. Der vorläufiger Name ist nicht ganz überraschend »8. Mai«. Natürlich ist unsere Basisorganisation für all jene offen, die sich mit ihren Ideen und Möglichkeiten einbringen wollen. Die nächsten Aktivitäten unsererseits stehen unter anderem im Zusammenhang mit dem »Köpenicker Kontrollverlusten« am 26. August 2006, dem antirassistischen Fußballturnier »Left-Kick 2006« im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark und natürlich dem Tag der Mahnung, Erinnerung und Begegnung am 10. September 2006 im Berliner Marx-Engels-Forum.

Minka Dott & Evrim Baba

Redaktion: Dr. Hans Coppi
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 Tel.: (030) 29 78 41 78
 Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
 E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Treffpunkt in Neukölln

Ein Portrait der Galerie »Olga Benario«



Die Galerie »Olga Benario« in der Richardstraße 104.

Die »Galerie Olga Benario« gibt es seit 22 Jahren. Sie wurde von Mitgliedern der VVN-BdA in Berlin-Neukölln gegründet.

Benannt wurde die Galerie nach einer von den Nazis als Kommunistin und Jüdin ermordeten Ravensbrückerin, die in den 1920er Jahren in Neukölln, später auch in der Sowjetunion und in Brasilien aktiv gewesen ist.

Heute wird die Galerie-Arbeit von einem offenen Forum getragen. Die »Galerie Olga Benario« zeigt wechselnde Ausstellungen zu historischen und aktuellen antifaschistischen Themen, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und setzt sich mit Fragen zu Sozialabbau und Globalisierung auseinander. Begleitend zu den vier bis fünf Ausstellungen pro Jahr gibt es ein wöchentliches Veranstaltungsprogramm. In der Regel Donnerstag Abend ab 19.30 Uhr wird in den Räumen in der Neuköllner Richardstraße 104 informiert und diskutiert. So

werden die Ausstellungsinhalte vertieft und die Besucher miteinbezogen.

Die »Galerie Olga Benario« ist offen für die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen oder Einzelpersonen, freut sich über Ausstellungsangebote und andere Unterstützung. Die Arbeit der Galerie wird durch Beiträge und Spenden finanziert, die Mitglieder des Forums arbeiten ehrenamtlich. Fördermitglieder sind daher jederzeit willkommen, auch unabhängig hiervon sind Spenden für die kontinuierliche Arbeit nötig.

Die aktuelle Ausstellung der »Arbeiterfotografie« zum Thema »Rettet den Reichtum« zeigt vom 24. August bis 26. Oktober 2006 Texte, Kollagen und Montagen zur Politik des globalen Kampfes.

Das Programm der Galerie sowie Informationen zu bisherigen Veranstaltungen sind im Internet zu finden, werden auf Wunsch aber auch per E-Mail oder gegen Rückporto auch per Post verschickt. Informationen unter: www.galerie-olga-benario.de

VOR 60 JAHREN IN HESSEN (TEIL 6)

Für eine neue Form der Wirtschaft

Nach der militärischer Niederlage des deutschen Faschismus folgte für einen Grossteil der Bevölkerung auch der wirtschaftliche Zusammenbruch. Nur unter großen Mühen gelang es in den ersten Monaten, die Grundversorgung mit Lebensmitteln sicher zu stellen.

Es gehörte zu den Grundüberzeugungen dieser Monate, dass nicht nur die politischen Eliten, sondern auch die wirtschaftlich Mächtigen zu den Verantwortlichen – zumindest aber Profiteuren, den »Kriegsgewinnlern« – gehörten. Und so war es selbst bei Teilen der Westalliierten Konsens, »Industrielle, Großgeschäftsleute und große Grundeigentümer müssen als verdächtig angesehen werden; alle diese Gruppen haben entweder den Nazismus, den Militarismus oder den deutschen Nationalismus unterstützt, nicht erst seit 1933, sondern lange vorher.« (Bundesarchiv Koblenz Z45 F POLAD 32/10)

Doch statt aus dieser Erkenntnis heraus einen wirtschaftlichen Neuanfang in den Betrieben mit den Beschäftigten selber vorzunehmen, kungelten viele amerikanische und britische Besatzungs-

Schieberei mit amerikanischer Hilfe

ziere – die nach dem Ende der Kampfhandlungen eingesetzt worden waren – eher mit den ehemaligen Wehrwirtschaftsführern. Man scheute sich auch nicht, mit ihnen gemeinsam gegen Vereinbarungen mit der Sowjetunion zu verstoßen. Der erste Geschäftsführer der Industrie-, Handels- und Handwerkskammer in Kassel, Heinz Schade, berichtete, wie man im Sommer 1945 gemeinsam mit den Amerikanern die Verschiebung von Roh-



Maifeier 1946 in Frankfurt im Gebäude der damaligen AOK am Sachsenhäuser Mainufer.

Halb- und Fertigwaren aus Sachsen und Thüringen organisierte, bevor die Übergabe des Territoriums an die sowjetische Armee erfolgte. Begründung des amerikanischen Offiziers: »Sie wollen doch gewiss auch nicht, dass dieses wertvolle Material den Russen in die Hände fällt.« Das war ein Beispiel für frühe Formen von Schiebereien – diesmal unter aktiver Mithilfe der Amerikaner.

Da es an allem Lebensnotwendigen fehlte, wurde versucht, die Versorgung durch Lebensmittel- und Warenbezugskarten gerechter zu gestalten. Aber zum einen wurden die auf den Karten zugeteilten Waren gar nicht in die Geschäfte geliefert, zum anderen war es für Händler viel lukrativer, solche Waren auf dem Schwarzmarkt zu veräußern. Und so entwickelten sich trotz Verbot und Überwachung zwei Arten von Schattenwirtschaft, einmal das »Hamstern«, zum anderen der originäre Schwarzmarkt.

Mit der Lockerung der Bewegungsfreiheit, also der Freigabe, sich auch ohne Genehmigung der Alliierten in einem größeren Radius von seinem Meldeort aufzuhalten, und der beginnenden Rekonstruktion der Transportwege machten sich täglich viele hundert Städter auf »Hamstertour« in die Dör-

fer, um von dort Lebensmittel oder andere Dinge des täglichen Bedarfs zumeist im Tausch gegen Schmuck, Uhren und andere Wertgegenstände zu organisieren. Das einzige Risiko war, vom Bauern »über den Tisch gezogen« zu werden oder bei der Heimkehr in die Hände einer Kontrolle zu geraten, die die organisierten Waren beschlagnahmte. Gleichermassen illegal, aber für viele existenziell, waren die »Schwarzmärkte«, die in allen größeren Orten entstanden. Gehandelt wurde mit allen Waren, die es überhaupt nur gab. Als Währung

Stange Zigaretten gegen Wintermantel

fungierten amerikanische Zigaretten, die einen einheitlichen Tauschwert vermittelten. Ein Kilo Kaffee kostete beispielsweise 60 Zigaretten, ein Wintermantel war für eine Stange Zigaretten zu haben.

Auf diesem Schwarzmarkt fanden sich aber nicht nur die kleinen Leute, die für ihren Alltag Güter suchten, sondern auch Angehörige der alliierten Streitkräfte und kriminelle Großschieber, die zu Lasten des Elends der Bevölkerung Lebensmittel und andere Waren des täglichen Bedarfs verschoben.

Die Antifaschisten forderten daher immer wieder verbesserte Versorgung für Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus, sowie drastische Strafen für Schieber und Profiteure des Elends. Als Maßnahme zur Sicherung gegen Schiebereien erhoben sie die Forderung: Betriebe und Wirtschaft unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen.

Darin war man sich mit den Gewerkschaften einig. Auf dem 1. Bundestag des Freien Gewerkschaftsbundes (FGB) Hessen vom 24./25. August 1946 forderte beispielsweise der damalige Justizminister und spätere Ministerpräsident von Hessen Georg August Zinn: »Wir können es nicht mehr dulden, dass große Kapitalmengen in den Händen Einzelner sich konzentrieren, denn zu jeder Zeit hat eine große wirtschaftliche Macht auch zugleich eine unangemessene politische Macht zur Folge gehabt. Darüber sind sich heute wohl alle politischen Parteien einig.« (zit. nach Chronik des DGB Hessen 1945 – 2002, S. 17) **U.Sch.**

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 0524.

Wir bitten um Spenden für
den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Retter in Wehrmachtsuniform

Hintergründe einer außergewöhnlichen Kasernenumbenennung

Die beschämende Rolle der Wehrmacht im Eroberungs- und Vernichtungskrieg Hitler-Deutschlands und ihre Beteiligung nicht zuletzt an der Judenvernichtung ist seit langem offen gelegt – seit der von der Wehrmachtsausstellung Mitte der 1990-er Jahre ausgegangenen Aufklärung nachhaltig und öffentlichkeitswirksam.

Ungefähr 18 Millionen Menschen haben während der Jahre 1939 bis 1945 der deutschen Wehrmacht angehört. Die Zahl der bis heute bekannten »Retter in Uniform«, also jener, die inmitten der Schandtaten und deren Duldung nicht nur jüdische Opfer gerettet und dabei das eigene Leben aufs Spiel gesetzt, oft genug auch verloren haben, liegt bei ungefähr hundert – hundert zu 18 Millionen!

Zu der verschwindend kleinen Minderheit der »Retter in Uniform« gehört der aus Darmstadt stammende ehemalige Wehrmachtsmajor Karl Plagge (1897-1957), dem von 1941 bis 1944 in Wilna, dem heutigen Vilnius, ein Wehrmachtsfuhrpark mit 250 Untergebenen unterstand, der seine Funktion dazu nutzte, den dort eingesetzten jüdischen Zwangsarbeitern das Leben zu erleichtern, der nach der Liquidierung des Wilnaer Ghettos im September 1943 der SS die Einrichtung eines Arbeitslagers für ungefähr 1 500 Zwangsarbeiter mit Familien (!) abrang. Beim Abzug der deutschen Besatzer vor



Karl Plagge rettete in Vilnius jüdische Zwangsarbeiter. Seit Februar ist eine Darmstädter Kaserne nach dem Offizier benannt. Bild: I. Voshaar

dem Durchbruch der Roten Armee im Juli 1944 warnte er die Lagerbewohner und verhalf auf diese Weise mehreren Hundert Männern, Frauen und Kindern zum Überleben.

Die bis vor wenigen Jahren unbekanntere Rettungsarbeit Karl Plagges wurde in den zurückliegenden Jahren von Nachkommen der Überlebenden dieses Wilnaer Lagers in Zusammenarbeit mit einem über mehrere Länder gespannten Netz von Helfern recherchiert. Zu Tage kam die Geschichte eines bis dahin unbekanntenen, von selbstloser Menschlichkeit geleiteten Vorgesetzten eines kleinen militärischen Teilapparats, der angesichts der in Wilna, in dessen Ghetto und an der nahe gelegenen Mordstätte Ponari in grauenvollen

Schüben verübten Verbrechen ohne Rücksicht auf die ihm drohenden Gefahren Rettungsaktionen unternahm. Einzelne der Todgeweihten brachte er selbst in Sicherheit und ermöglichte einer großen Zahl von ihnen Flucht und Versteck vor der letzten Vernichtungswelle der SS.

Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem ehrte Karl Plagge 2005 posthum mit der Auszeichnung als »Gerechter unter den Völkern«. Die Initiative eines Standortkommandeurs in Darmstadt, der die an den Recherchen maßgeblich beteiligte Historikerin Marianne Viefhaus zu einem Vortrag eingeladen hatte, führte im Februar diesen Jahres zur Umbenennung der bisherigen »Frankenstein-Kaserne« in »Major-Karl-Plagge-Kaserne«.

Als letzter Redner des Festaktes in der Kaserne – nach erstaunlichen Würdigungsreden auch der Bundeswehrvertreter – schilderte Simon Malkes, einer der noch lebenden »Plagge-Geretteten«, seine Erinnerungen an das Grauen von damals und an die Rettung. Es wird ein besonderer Vorgang bleiben, dass sich am Ende der Kasernenumbenennung die Versammelten, die meisten von ihnen in Uniform, von ihren Plätzen erhoben und den Retter von damals, aber in der Person eines der Überlebenden auch die Geretteten und nicht zuletzt das Andenken der ermordeten Opfer ehrten. Am Kasernentor ist seitdem eine Gedenktafel für Karl Plagge angebracht.

Über die Darmstädter Kaserne hinaus ist in Deutschland nur eine weitere nach einem »Retter in Uniform« benannt: in Rendsburg trägt seit 2000 eine Kaserne den Namen des Feldwebels Anton Schmid, der seine Hilfe für den jüdischen Widerstand in Wilna und in weiteren Ghettos mit dem Leben bezahlen musste. **C. J.**

Literatur:

Marianne Viefhaus: Zivilcourage in der Zeit des Holocaust. Karl Plagge, ein Gerechter unter den Völkern. Darmstadt 2005. ISBN 3-00-016036-1, 5,00 Euro (Bezug über: VVN-BdA, Kreisvereinigung Starkenburg)

Michael Good: Die Suche. Karl Plagge, der Wehrmachtsoffizier, der Juden rettete. Übersetzung: Jörg Fiebelkorn. Beltz, Weinheim, 2006, ISBN 3-407-85773-X, 22,90 Euro.

Widerstand als Fundament des Neubeginns

Axel Ulrichs Buch über den politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet

Ein umfassendes Buch über den »politischen Widerstand gegen das Dritte Reich im Rhein-Main-Gebiet« hat Axel Ulrich vorgelegt, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Stadtarchivs Wiesbaden und der Gedenkstätte Unter den Eichen.

Trotz der vom Autor selbst vorgebrachten einschränkenden Bemerkungen,

was den Umfang der Darstellung des KPD-Widerstandes angeht, lässt sich sagen: Was man über den politischen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet gegen das NS-Regime wissen sollte, ist hier kompetent, fundiert und sehr detailliert zusammengetragen.

Aber beginnen wir mit dem Schlusskapitel: »Widerstand – Fundament des demokratischen

Neubeginns«. Axel Ulrichs Erforschung und Darstellung des antifaschistischen Widerstandes zielt auf diese Konsequenz. Männer aus dem zivilen Umfeld des 20. Juli, aus sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und in den ersten Jahren der Nachkriegszeit des kommunistischen Widerstandes und Exils waren in vielerlei Funktionen führend am Wiederaufbau

beteiligt. Die im Widerstand entwickelten Pläne zur Neuordnung – allemal klar antinazistisch, antimilitaristisch – kamen wegen der grundverschiedenen Ziele der Besatzungsmächte und wegen des bald beginnenden Kaltes Krieges nur partiell zum Tragen; in den sozialstaatlichen Zielen der hessischen Landesverfassung von 1946

(Fortsetzung auf Seite 12)

Widerstand als Fundament des Neubeginns

(Fortsetzung von Seite 11)

noch wesentlich stärker als im Grundgesetz 1949. Zu Recht aber verweist der Autor ausführlich auf die dennoch im Grundgesetz enthaltenen zahlreichen Grund- und Freiheitsrechte und erinnert auch an den Artikel 139, der die zur »Befreiung des deutschen Volkes von Nationalsozialismus und Militarismus« erlassenen Rechtsvorschriften bis heute gültig sein lässt. Ulrich sieht Art. 139 – u.a. unter Berufung auf Wolfgang Abendroth – als konstituierend für die antifaschistischen Inhalte der Verfassung. Es sei »für alle antifaschistisch demokratischen Kräfte entscheidend, zu begreifen, dass es ihre Pflicht sei, durch ihr Handeln dieses Grundgesetz und insbesondere seinen Art. 139 wieder gegen die politisch soziale Realität durchzusetzen«.

Gerade das äußerst lesens- und beherzigenswerte Schlusskapitel bestätigt den Autor als engagierten Demokraten, der weit hinaus über eine nur registrierende Darstellung des Widerstandes zu dessen demokratischen Verpflichtungen steht. Quintessenz: »Den antifaschistischen Kerngehalt des Grundgesetzes immer wieder neu als unverzichtbare juristisch-argumentative Hilfe bei aktuellen und künftigen Auseinandersetzungen mit demo-

kratiefeindlichen, vor allem neonazistischen Ideologien Parteien« hervorzuheben. Das Buch macht deutlich, dass sich darin die Erinnerung an alle, die Widerstand leisteten manifestiert und politisch-moralisch in die aktuellen Auseinandersetzungen hinein wirkt.

In den einzelnen Widerstandskapiteln wird ablesbar, aus welchen unterschiedlichen Motivationen und Positionen Widerstand geleistet wurde. Für die Gültigkeit der Ergebnisse der Widerstandsforschung steht das Konzept des Autors, herkömmliche Schriftquellen und mündliche Zeugnisse von einstigen Widerstandsaktivisten zu kombinieren. Das Rhein-Main-Gebiet sieht Ulrich als besonders gut geeignet, die Breite und Vielfalt der Widerstandsgruppen exemplarisch sichtbar zu machen, wobei er grundsätzlich feststellt, dass hier »erstmalig gleichrangig wirklich alle relevanten Gruppierungen und Parteien« vorgestellt werden. Ausführlich behandelt werden im Kapitel Sozialdemokratischer Widerstand die »schmähliche Niederlage der Sozialdemokratie gegenüber dem Nazifaschismus« und der Versuch, mit dem Prager Manifest die Konsequenzen zu ziehen. Konsequenter handelten Gruppen wie die »Sozialistische Arbeiterjugend«,



Gemeinsam im Widerstand gegen die Nazis: Wolfgang Abendroth (vorne rechts), hinter ihm Emil Carlebach.

Naturfreunde, Arbeiter, Sportler und Frauen aus der Arbeiterwohlfahrt, denen ein größerer Abschnitt gewidmet ist.

Wenig bekannt und zum Teil völlig vergessen sind die »proletarischen Kleinorganisationen«. Neben dem wenig ruhmreichen offiziellen gewerkschaftlichen Verhalten ist die Darstellung des kommunistischen Widerstandes konzentriert, differenziert und unvoreingenommen. Zitat: »Niemand sonst führte den antinazistischen Kampf von Anfang an mit solchem Nachdruck und dann ... über die gesamte Dauer der NS-Diktatur hinweg, d.h. sogar bis in die Endphase des Krieges hinein. Auch rein quantita-

tativ übertrafen die Kommunisten die ganze sonstige gegen das Dritte Reich gerichtete Opposition bei weitem.« Das ging freilich einher mit schweren Fehlern und Fehleinschätzungen. Kenntnisreiche Einblicke geben vor allem Kapitel wie »Konspirativer KPD-Bezirk Hessen-Frankfurt.« Dass in diesem Zusammenhang auch Namen wie Herbert Wehner, Erich Honecker und Wolfgang Abendroth eine Rolle spielen, wird für manchen Leser Neugierwert besitzen. **P.A.**

Axel Ulrich: Politischer Widerstand gegen das »Dritte Reich« im Rhein-Main-Gebiet, Thun-Verlag Wiesbaden 2005, 352 Seiten, ISBN 3-9809513-2-4.

NORDRHEIN-WESTFALEN

60 Jahre

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
in Nordrhein-Westfalen

Geburtstagsfeier

mit Rückschau und Ausblick in die Zukunft

Podiumsdiskussion und Kultur unter dem Motto
»Von der Zukunft des Antifaschismus«

Samstag, 28. Oktober 2006 um 13 Uhr
Savoy Theater in Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 47

Es wirken unter anderem mit: Jupp Angenfort, Frank Baier, Rolly Brings und Freunde, Hans Coppi, Henny Dreifuss, Arno Klönne, Gerhard Leo, Ulrich Schneider, Andreas Weißert. Eintritt: 10 Euro

Abschied von Ilse Faeskorn

Auf unserer August-Landesausschusssitzung der VVN-BdA NRW haben wir Abschied genommen von unserer Kameradin und Freundin Ilse Faeskorn, die uns 77-jährig verließ.

Seit 1990 gehörte sie dem Landesausschuss an. Mit ihr verliert die Arbeiterbewegung, die Friedens- und antifaschistische Bewegung eine mutige und unbeugsame Mitsreiterin. Ilses Wirken in Remscheid, ihr Wirken unter der Jugend, ihre Initiativen zur Erinnerungsarbeit und ihre Schriften haben bleibende Spuren hinterlassen. Wir werden sie nicht vergessen. Jupp Angenfort sprach in einer Würdigung für Ilse die Worte Louis



Ilse Faeskorn (1929-2006)

Fürnbergs: »Jeder Traum, an dem ich mich verschwendet, jeder Kampf, wo ich mich nicht geschont, jeder Sonnenstrahl, der mich geblendet, alles hat am Ende sich gelohnt.«

»Möge meine Warnung alle erreichen«

Wertvolle Veröffentlichungen der AntifaschistInnen aus NRW

Gruppen und einzelne Mitglieder der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Nordrhein-Westfalen haben sich die Aufgabe gestellt, an Opfer des Faschismus, an Widerstandskämpfer zu erinnern und geschichtliche Hintergründe zu verdeutlichen. Gerade in NRW sind dazu in letzter Zeit viele Schriften entstanden, die es verdienen, einem breiteren Kreis bekannt gemacht zu werden, um Beiträge zur Aufklärung über Ursachen von Krieg und Faschismus zu leisten. Im 60. Jahr unseres Landes NRW und unserer NRW-VVN möchten wir diese Ausgabe der *antifa*-Länderseiten für NRW der Präsentation einiger dieser Publikationen widmen.

Hilarius Gilges – Ein 1933 von der SS ermordeter schwarzer Düsseldorfer

Dies ist Heft 1 der neuen Serie »Gesichter des Düsseldorfer Widerstandes«. Es handelt von Hilari-



Hilarius Gilges

us »Lari« Gilges, einem Düsseldorfer Jungen aus der Altstadt. Er

Antifaschisten aus Bergisch Gladbach berichten

In der Auseinandersetzung über die Aufarbeitung der Nazi- und Kriegszeit wird der Widerstand aus der Arbeiterbewegung marginalisiert und häufig verfälscht und verleumdet. **Bergisch Gladbacher VVN-Mitglieder** haben daher jetzt die Berichte kommunistischer Widerstandskämpfer erneut herausgebracht, unter ihnen Gertrud Hamacher, Ismar Heilbronn, Hans Kroll, Hildegard Küster und Johann Stellberg. Die Berichte, so schreibt dazu Karl Heinz Schröder, »bleiben ein regional und bundesweit wichtiger geschichtlicher Beitrag.« Leider sind alle Autorinnen und Autoren inzwischen verstorben. Gut, dass uns ihr Zeugnis erhalten blieb.

Nachdruck 2004 der VVN von 1979

wurde 1933 von der SS ermordet. Der Düsseldorfer Historiker **Frank Sparing** hat sein Leben in akribischer Arbeit aufgezeichnet. Jahrgang 1909, Hautfarbe schwarz, verheiratet, zwei Kinder, seit 1926 in der KPD, war bekannt und beliebt in der Düsseldorfer Altstadt. Er war Mitglied der KPD-Agitprop-Truppe »Nordwest ran«, deren künstlerischer Leiter Wolfgang Langhoff (nach 1945 Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses) war. 1931 ein Jahr Gefängnis wegen eines angeblichen Überfalls auf einen »Stahlhelm«-Angehörigen. 1933 wird er von SA- und SS-Männern nach schweren Misshandlungen ermordet. Der Mord blieb ungesühnt.

Betriebsrat NRW des Internationalen Bundes (IB)

Ein Betriebsrat legt einen erregenden Bericht über den freien Träger der Jugend- und Bildungsarbeit IB vor. Schon zum 40. Jahrestag des IB stellte der Betriebsrat die Fragen: Was wurde nach 1945 aus der Reichsführung der Hitlerjugend (HJ)? Wer half diesen Jugendführern, die – anders als Millionen ihrer Opfer – den Krieg überlebten, wieder auf die Beine? Dass der IB Dank der Hilfe des führenden SPD-Politikers Carlo Schmid – im Kriege war er deutscher Kriegsgerichtsrat im besetzten Frankreich – zum Tummelplatz für die Hitlerjugendführung wurde, wird hier akribisch dargelegt. Eine überraschende Enttüllung, zu beziehen unter

www.nrw.vvn-bda.de/archiv.htm

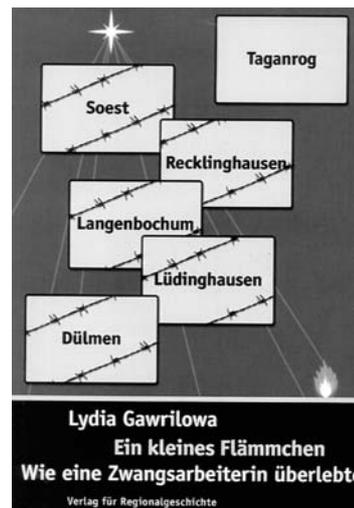
Ein kleines Flämmchen

Eine besondere Arbeit haben Lüdenscheider Antifaschisten vorgelegt: Die Erinnerungen der Zwangsarbeiterin **Lydia Gawrilowa**, eine von drei Millionen aus der UdSSR verschleppten.

Die aus Lüdenscheid Partnerstadt Taganrog stammende hochbetagte und erkrankte Journalistin hat mit großer Aufmerksamkeit und Genauigkeit ihre Erlebnisse als Zwangsarbeiterin an der Ruhr und im Sauerland aufgezeichnet. Ihr Leidensweg nach Verschleppung und Sklavenarbeit führte bis nach Bergen-Belsen, wo sie 1945 befreit wurde.

In der Heimat fand sich keine Möglichkeit, das Buch zu veröffentlichen. Die Lüdenscheider Antifaschisten haben Geld gesammelt und die Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung gewonnen, um das Manuskript übersetzen und drucken zu lassen. Es kam dabei ein bewegendes Zeitzeugendokument heraus, das viele Leserinnen und Leser verdient. Die

Autorin schreibt »Möge meine Warnung alle erreichen, die neue Greuel gegen fremde Völker vorhaben.«



Gawrilowa, Lydia: Ein kleines Flämmchen. Wie eine Zwangsarbeiterin überlebte. Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld 2005, 316 Seiten, 19 Euro, Herausgeber: VVN-Mitglieder aus Lüdenscheid

Frieden – Eine kurze Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung

Jan Große Nobis ist der Webmaster der VVN-BdA-Seite NRWs und stellt dort aktuelles Material mit großer Umsicht zusammen wie er auch größere Arbeiten dort aufbereitet anbietet. Eine davon ist seine Geschichte der Friedensbewegung, seit einigen Monaten auch unter www.friedensbewegung.org/ zu lesen; vorhanden sind aber auch noch gedruckte Exemplare seiner wichtigen Arbeit zur Friedensbewegung. Nachdem das Grundrecht-Komitee »Geschichten aus der Friedensbewegung« mit fairen Darstellungen auch über die linke Arbeiterbewegung in der Friedensbewegung – jedoch ohne Erwähnung des legendären Krefelder Appells – vorlegte und die Meinhof-Tochter Bettina Röhl die umfangreiche Sammlung (»So macht Kommunismus Spaß«) auch zum Antimilitarismus – betrachtet mehr

durch die Spitzelbrille des Verfassungsschutzes – vorlegte, kann erfreut und erleichtert zu Jan Große Nobis Schrift gegriffen werden. Von der Stunde Null mit »Ohne uns« und »Volksbefragung« bis zu Ostermärschen, Massenmanifestationen gegen die »Nachrüstung« und heutigen Antikriegsprotesten wird ein exakter Eindruck vermittelt, wenn auch leider das Ringen um die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen zu kurz kommt. Die Friedensbewegung habe dem »Protest und der Opposition in der BRD Legitimität« verliehen; eine bedeutende Errungenschaft politischer Kultur. **U.S.**

Jan Große Nobis: Frieden – Eine kurze Geschichte der bundesdeutschen Friedensbewegung. Selbstverlag 2001, 98 Seiten, einzusehen und zu bestellen über www.friedensbewegung.org/.

Wertvolle Veröffentlichungen der AntifaschistInnen aus NRW

Familie Neubeck – alle starben im Widerstand

In dieser Broschüre zeichnet Historiker **Karl Heinz Jahnke** das erschütternde Schicksal der jüdischen Familie Neubeck aus Düsseldorf nach.

Hans und Anna Neubeck (KPD) leisteten in Düsseldorf Widerstandsarbeit und fliehen 1935 nach Brüssel, Anfang 1936 folgten die Kinder Herbert und Marianne. Hans Neubeck ging nach Spanien und schloss sich 1936 den Internationalen Brigaden im Kampf gegen den Franco-Faschismus an, wurde schwer verletzt und starb an seinen Verletzungen in einem Sanatorium in der Sowjetunion. Anna, Herbert und Marianne schlossen sich dem belgischen Widerstand an. Anna Neubeck wurde 1940 verhaftet, 1941 in Hamm wegen »Hochver-

rat« zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, 1942 nach Auschwitz deportiert und im Januar 1943



Herbert Neubeck

dort ermordet. Herbert wurde 1940 verhaftet und ins französische Internierungslager St. Cyprien verschleppt, konnte entkommen, wur-

de in Bordeaux verhaftet, auf Veranlassung der Gestapo nach Düsseldorf gebracht. Da keine »Straftaten« vorlagen, konnte er nach Brüssel zurückkehren. Herbert schloss sich dort dem belgischen Widerstand und der illegalen Organisation deutscher Kommunisten an. Er wurde 1941 festgenommen, bis 1943 in Aachen inhaftiert; wegen seiner Widerstandstätigkeit wurde der 20-jährige Herbert in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Marianne wurde Ende 1942 in Brüssel verhaftet und im November 1942 in Auschwitz im Alter von 18 Jahren ermordet.

Die Broschüren der »Gesichter des Düsseldorfer Widerstandes« können für je 3,- Euro zuzüglich Versandkosten bestellt werden, und zwar im Landesbüro.

Die Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland

Im öffentlichen Bewusstsein wird immer angenommen, dass die Politik Entscheidungen über das Wohl und Wehe der Bundeswehr und über Krieg und Frieden trifft. **Ulrich Sander** zeigt an der Geschichte des deutschen Militärs, dass die Entscheidungsstrukturen und -wege dagegen immer eine andere Richtung auswiesen. Nämlich aus der Bundeswehr heraus in die Politik. Vom Aufbau der Bundeswehr (alte Militärs des Dritten Reichs steuerten unter Adenauer die neu geschaffene Bundeswehr im Hintergrund) über die Verteidi-

gungspolitischen Richtlinien unter Rühle und Struck (eindeutige Handschrift der Generalität) bis zu den rot-grünen Kriegen herrschte nicht das Primat der Politik sondern das des Militärs. Sander zeigt die tiefen Verstrickungen der Bundeswehr und Bundeswehr-Eliten in den deutschen Rechtsextremismus. Hoch brisant das Kapitel zur KSK. Ein lesenswertes Buch. **jgn**

Ulrich Sander: Die Macht im Hintergrund – Militär und Politik in Deutschland. Papy Rossa Köln 2004, 204 Seiten, 14 Euro

Streiflichter aus 50 Jahren VVN-BdA in NRW

Manfred Demmer hat diese Chronik als Arbeitsmaterial für die Gruppen und Kreise der Organisation zusammengestellt. Die Zeittafel von Günter Judick und die lebendigen Schilderungen von Peter Baumöller aus der Arbeit der Nachkriegs-Antifaschisten sind einzigartig. Das Vorwort schrieb Jupp Angenfort, Landesvorsitzender der VVN-BdA.

Einzelexemplare

Von **Manfred Demmers** Günter Weisenborn-Buch – über Schriftsteller und Widerstandskämpfer aus der »Roten Kapelle« – sind noch Einzelexemplare erhältlich. Auch das von Oberhausener Antifaschisten herausgegebene Heft über den Kaplan, Widerstandskämpfer und VVN-Präsidenten »Dr. Joseph C. Rossaint – Berichte und Materialien über ein couragiertes Leben« ist noch lieferbar.

IG Farben und das Ende der Weimarer Republik

Diese Arbeit von **Jan Große Nobis** ist ausschließlich unter www.igfarben.org/ zu finden. Nachschauen lohnt sich für alle, die auf der Suche nach Informationen über die Verbrechen der deutschen Wirtschaft während des Nationalsozialismus und des Krieges sind.

Widerstand und Verfolgung in Mülheim an der Ruhr

Die Spannweite der Mülheimer, die in das Geschehen eingriffen oder einbezogen wurden, bewegt sich zwischen den Industriellen und Naziförderern der Stadt wie Emil Kirdorf, Hugo Stinnes und Fritz Thyssen, ferner SS-Standartenführer Dr. Werner Best, der nach 1945 im Stinneskonzern unterkroch, und andererseits den jüdischen Opfern und den Widerständlern. Über eine Widerstandskämpferin der erschütternde Kurzbericht: Martha Hadinsky arbeitete in der NS-Zeit für eine antifaschistische Jugendgruppe, sie wurde von

»Mörder unterm Edelweiß«: Die Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger

Die VVN-BdA NRW gehört neben der Gruppe Angreifbare Traditionspflege und der VVN-Bayern zu den Organisationen, die auch mit Aktionen vor Ort darauf drängen, dass die Kriegsverbrechen der Wehrmachtsgebirgsgruppe juristisch aufgearbeitet werden. Sie spürten gemeinsam zahlreiche Mörder unterm Edelweiß auf und fordern die Bestrafung der Täter wie die Entschädigung der Opfer. Diese Schrift fasst zusammen, worum es in dieser Auseinandersetzung geht.

Mit Beiträgen von Ludwig Baumann, Peter Gingold, Manolis Glezos, Ulrich Sander u. a.

Klein, Mentner und Stracke (Hg.): »Mörder unterm Edelweiß«.

Dokumentation des Hearings zu den Kriegsverbrechen der Gebirgsjäger Papy Rossa Köln 2004, 152 Seiten, 12,90 Euro.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

NS-Richtern verurteilt und nach acht Jahren aus der Haft »wegen TBC« entlassen. Schwerkrank ist sie auch im Jahre 1961, als sie wieder inhaftiert wird wegen »Arbeit für die KPD«. Lapidar heißt es: »Landesrentenbehörde stellt Zahlungen ein und fordert Rückzahlung der geleisteten Wiedergutmachungsrente, wenige Tage vor der Pfändung: Selbstmord.«

Herausgegeben von der VVN-BdA Mülheim, 2004, 40 Seiten. Mit einem Vorwort der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld.

Im Internet finden sich die Broschüren der **Neofaschismus-Kommission der VVN-BdA NRW**: »Der deutsche Militarismus ist nicht tot – er riecht nur streng«, »Grenzen auf für Deutschland?« und »Biopolitik, Gentechnik und faschistisches Menschenbild«.

Die KdF-Wagen rollten Dank Sklavenarbeit

Viel beachtete Auschwitz-Ausstellung wurde im Rathaus Wolfsburg eröffnet

Die VVN-BdA Wolfsburg hat, zusammen mit dem IG Metall-Arbeitskreis Antifaschismus, in der Eingangshalle des Wolfsburger Rathauses eine viel beachtete Ausstellung zum Konzentrationslager Auschwitz organisiert.

Ein ausführlicher Flyer und mehrere Artikel in der Lokalpresse kündigten die Ausstellung an und begleiteten sie. Es fanden auch Führungen für Schulklassen sowie eine in Zusammenhang mit dem Thema »Verfolgung und Widerstand« stehende Lesung aus dem Roman »Der Siebente Brunnen« von Fred Wander statt. Ein ausgelegtes Tagebuch »Gedanken zur Ausstellung« wurde gut genutzt; einer der Beiträge erregte so viel öffentliches Aufsehen, dass die Landessprecherin Mechthild Hartung erneut von der Presse interviewt wurde. Die VVN-BdA hatte, so kann man sagen, insgesamt eine »gute Presse«. Zur Eröffnung sang der IG Metall-Gewerkschaftschor »Gegenwind« jiddische Lieder, es sprachen die Landessprecherin Mechthild Hartung, der Wolfsburger Rabbiner Joseph Harety und Viktor Kalschek für den IGM-Arbeitskreis Antifaschismus.

Als die Verantwortlichen im Wolfsburger Rathaus der Ausstellung zustimmten, wussten sie nicht, welche Beziehung zur Geschichte Wolfsburgs besteht: In der 2. Maihälfte 1944 entsandte das Volkswagenwerk den Betriebsingenieur Artur Schmiele nach Auschwitz, um dort noch arbeitsfähige Menschen zur Zwangsarbeit in die »Stadt des KdF-Wagens« zu selektieren, wie Hans Mommsen und Manfred Grieger in ihrer Geschichte über das Volkswagenwerk und seine Arbeiter schreiben. Noch im November 1944 forderte Porsche – seine Unterschrift ist dokumentiert – weibliche Häftlinge von den im Sommer 1944 nach Auschwitz deportierten Jüdinnen an. Es könnten Frauen aus diesem in der Ausstellung gezeigten Transport gewesen sein, der in einzigartiger Dokumentation von einem SS-Mann fotografiert wurde, hielt er



Mechthild Hartung, Landessprecherin VVN-BdA Niedersachsen, und Rabbiner Yoseph Harety eröffnen die Ausstellung.

doch an einem einzigen Tag systematisch alle Stationen der letzten Lebensstunden dieser ungarischen Jüdinnen und Juden fest: Von der Ankunft über die Selektion bis hin zum Warten vor den Gaskammern bei den Krematorien. Ob diese Fotos im Auftrag oder aus persönlichem Dokumentationsinteresse entstanden, ließ sich bisher nicht feststellen. Jedenfalls wurden die Fotos wie in ein Familienalbum säuberlich aufgeklebt und beschriftet. Aus der Perspektive der Täter sind uns mit diesen Fotos einzigartige Dokumente erhalten. Neben diesen Bildern existieren nur einige wenige heimlich aufgenom-

mene Fotos vom Leben und Sterben in Auschwitz.

Unter den Deportierten befand sich auch Lili Jacob, die Auschwitz überlebte. Im April 1945 wurde sie nach dem Aufenthalt in weiteren Lagern im Konzentrationslager Dora-Mittelbau befreit. Nach einem Schwächeanfall in einer ehemaligen SS-Kaserne untergebracht, entdeckte sie eben dort dieses Foto-Album des SS-Mannes. Sie erkennt auf den Fotos den Rabbiner ihrer Gemeinde, Verwandte und auch sich selbst!

1980 übergibt sie das Album zur Aufbewahrung und zur ewigen Mahnung der Gedenkstätte Yad

Vashem in Jerusalem. Dort gelingt es in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau viele der Menschen zu identifizieren. Dadurch werden sie der Vergessenheit entrissen, die die Nazis für sie bestimmt hatten.

Zusätzlich zu den Fotos zeigte der IGM Antifa-AK eine selbstgestaltete Installation, die Eindrücke von Arbeitskreismitgliedern bei Besuchen und Arbeitseinsätzen in Auschwitz wiedergab. Seit einer Reihe von Jahren fahren Auszubildende der VW AG nach Auschwitz, arbeiten dort in der Restaurierung und treffen sich mit gleichaltrigen jungen Menschen aus Polen.

In ihrer Eröffnungsrede sagte die Landessprecherin der VVN-BdA: »Angesichts unserer heutigen gesellschaftlichen Wirklichkeit mit weit verbreitetem fremdenfeindlichen, ja sogar immer noch antisemitischen Denken und Handeln sind wir verpflichtet, immer wieder den Finger in die Wunde zu legen: Unsere Gesellschaft hat sich als Reaktion auf die zwölf Jahre der Naziherrschaft mit dem Grundgesetz im Art. 139 dazu verpflichtet, eine freiheitlich demokratische Grundordnung zu realisieren. Im Potsdamer Abkommen und im Strafgesetzbuch wurde unzweideutig festgelegt, dass neonazistische Parteien und Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sind, dass es ihnen verboten ist, ihre menschenfeindliche Propaganda zu verbreiten. Das Erstarken von neofaschistischen Kräften in unserem Land stellt einen Angriff auf die Werte und Grundprinzipien der demokratischen, freiheitlichen und der Menschenwürde verpflichteten Grundordnung dar. Deshalb fordert die VVN-BdA gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen. Würden sie verboten, könnten sie z. B. öffentliche Propaganda nicht mehr straffrei betreiben. Damit wäre schon viel gewonnen.«

Mechthild Hartung

Kontakt zur Ausstellung:
Herr Tiedemann, Jakobikirchhof 1,
37073 Göttingen, Tel.: (05 51) 42 16.

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Am 18. und 19. November 2006 findet unsere 38. ordentliche Landesdelegiertenkonferenz für Niedersachsen in der Heimvolkshochschule Hustedt bei Celle statt.

Die Einladung mit Tagesordnung und Anmeldeinformationen wird rechtzeitig allen Gliederungen der Landesvereinigung zugesandt. Alle Mitglieder sind aufgerufen, sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung unserer Landesdelegiertenkonferenz zu beteiligen. Nähere Informationen sind bei Michael Rose-Gille über die Landesgeschäftsstelle zu erhalten.

Vor und nach 1945 verfolgt – aber ungebrochen

Trauer um Kamerad Kurt Baumgarte

Am 20. Juli verstarb Kurt Baumgarte, Ehrenmitglied der VVN-BdA Niedersachsen. Mit ihm verlor die Vereinigung einen Widerstandskämpfer der ersten Stunde.

Als Arbeiterkind 1912 in Hannovers Nordstadt geboren, schloss sich der gelernte Grafiker schon früh dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) an. Als Mitglied dessen Zentralkomitees absolvierte er die Leninschule in Moskau. Illegal kehrte er nach Deutschland zurück. Dort war er mit dem Aufbau der Leitung im KJV-Bezirk Wasserkante betraut. Nach seiner Verhaftung 1935 wurde er zunächst im KZ Fuhlsbüttel gefoltert, ohne dass ihm Namen abgepresst werden konnten. 1936 verurteilte ihn der Volksgerichtshof in Berlin wegen »Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens« zu zwölf Jahren Zuchthaus. Er verbrachte die Jahre bis zu seiner Befreiung durch die Rote Armee in verschiedenen Zuchthäusern, zuletzt in Waldheim (Sachsen). »Es war eine elende Zeit, ich

habe überlebt, reiner Zufall.« Seine Verlobte Emmy Schaper, ebenfalls im KJVD aktiv, wurde 1934 verhaftet und misshandelt, um sie zum Verrat des Aufenthaltsorts von Kurt zu zwingen. Ihr Schweigen brachte ihr zwei Jahre schwerer Haft ein.

Nach seiner Befreiung kehrte Kurt nach Hannover zurück, um sich dort am Wiederaufbau der KPD zu beteiligen. Er wurde zum Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung des Landes Niedersachsen ernannt. Er hatte in der KPD, nach deren Verbot 1956 wieder in der Illegalität, zahlreiche verantwortliche Funktionen inne. 1966 wurde er deshalb von der berüchtigten Sonderstrafkammer am Landgericht Lüneburg zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt, die er ungekürzt absitzen musste. Auch seine Frau Emmy, die er 1946 geheiratet hatte, wurde mit Haft bedroht, weil sie sich für seine Freilassung eingesetzt hatte.

Nach Gründung der DKP beteiligt er sich sogleich wieder an deren Aufbau auf Landes- und Bundesebene.



Kurt Baumgarte

Mit der Geschichte der VVN war er seit ihrem Bestehen eng verbunden. Im Vordergrund stand das Bemühen, das Bewusstsein von den politischen und ökonomischen Ursachen des Faschismus wach zu halten und gegen die Wiedereinsetzung der faschistischen Beamten,

Richter und Generäle zu protestieren.

Der Verdrängung der faschistischen Verbrechen versuchte Kurt Baumgarte auch durch die Erinnerung an deren Spuren in seiner unmittelbaren Umgebung entgegen zu wirken. 1979 trat er mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit, in dem er auf das Nebenlager des KZ Neuengamme in Hannover-Ahlem aufmerksam machte: »Ahlemer Holocaust. Was wissen Sie davon?«

Zunächst erfuhr diese Initiative wenig Resonanz. Acht Jahre später erst bildete sich eine Gruppe, die die Geschichte dieses Lagers aufzuarbeiten begann und sich die Gestaltung einer Gedenkstätte zum Ziel setzte. Heute befindet sich dort ein eindrucksvolles Mahnmal. Nicht nur bei diesem Projekt, sondern auch als Zeitzeuge suchte und fand er immer den Kontakt zur Jugend. Auch der Kampf gegen den Ungeist des Neofaschismus lag ihm bis ins hohe Alter am Herzen. Zuletzt beteiligte er sich 2003 an vorderster Stelle an einer großen Demonstration gegen einen Nazi-aufmarsch in Hannover.

In seinem warmherzigen und geradlinigen Wesen und der von ihm verkörperten unmittelbaren Übereinstimmung von Wort und Tat wird er allen Antifaschisten stets Vorbild bleiben.

R. Weismann-Kieser

Austausch über Gedenken und Gewalt

Besuch einer Delegation aus Dieppe (F) in Braunschweig

Statt der angekündigten drei Kameradinnen und Kameraden aus Dieppe konnten nur zwei anreisen. Doch der Gegenbesuch der beiden Kameraden Daniel Evrad und Jacques Halindre aus Dieppe Anfang Juli wurde zum Erfolg.

Vier erlebnisreiche schöne Tage verbrachten wir mit ihnen in Braunschweig. So informierten wir uns bei einem Besuch der Gedenkstätte in Bergen-Belsen über den Fortgang der Arbeiten an dem neuen Dokumentenhaus, legten an der Mauer am Obelisken einen Kranz im Gedenken an die in Bergen-Belsen ermordeten Menschen nieder und gedachten auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof der dort Begrabenen.

Und wir besuchten an einem

Vormittag den Kollegen Karl »Kalle« Heinz Emter bei der Arbeitsstelle gegen Rechtsextremismus und Gewalt (ARUG) von Arbeit & Leben Braunschweig, der uns über die verschiedenen Projekte zur Gewaltprävention informierte. Die vorgestellten Konzepte waren vor allem für unseren Freund Daniel sehr interessant, hatte er doch vor einigen Jahren in seinem Stadtteil (Le Pollet) in Dieppe einen sozio-kulturellen Verein gegründet – außerdem arbeitete seine Tochter Lise als Sozialarbeiterin schon in ähnlichen Projekten in Dieppe und Umgebung.

Ein weiterer Programmpunkt war dann die Teilnahme an der traditionellen Rieseberg-Gedenkfeier für die am 4. Juli 1933 ermordeten elf Gewerkschafter, die mit einem Besuch der neuen Ausstellung zu

Rieseberg im Gewerkschaftshaus, Wilhelmstr. 5, begann. Ferner erläuterte uns dann Frank Ehrhardt, Geschäftsführer des Arbeitskreises Andere Geschichte, der das »Offene Archiv« in der Gedenkstätte Schilldenkmal in Braunschweig betreut, die Geschichte des Denkmals, des KZ-Außenlagers Schilldenkmal von Neuengamme und berichtete vom Umgang mit dem Lager nach 1945.

Die vier mit vielen interessanten Inhalten gefüllten Tage endeten dann mit dem traditionellen Abschiedsabend, bei dem nicht nur kleine Geschenke ausgetauscht wurden, die diesmal auch im Zeichen der Fußball-Weltmeisterschaft standen. Es ging auch ein intensiver Gedankenaustausch über Gedenken und Gewalt zu Ende.

Stefan Hölzer

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

Redaktion: Stefan Hölzer

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.